

Perlenfischen

von Roger von Wartburg

Perle 1: Digitalisierung und Individualisierung: Eine unheilige Allianz, die Bildung verhindert

Wo: <https://bildung-wissen.eu/>
(Website der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.)

Wer: Jochen Krautz, Professor für Kunstpädagogik und Präsident der GBW

Wann: 28. März 2021

Schon vor der Corona-Krise machte sich in den Schulen der Trend breit, dem Problem der Heterogenität der Schülerschaft durch sogenannte «Individualisierung» begegnen zu wollen. Man löst die Klassengemeinschaft faktisch auf und versorgt jede Schülerin, jeden Schüler mit differenzierten Arbeitsaufträgen, die sie «selbstgesteuert» bearbeiten sollen.

Die durch die Corona-Krise beschleunigte Digitalisierung scheint das nun noch einfacher zu machen: Nun kann jeder «individuell» und «selbstgesteuert» an seinem Gerät arbeiten, ob zuhause oder in der Schule.

Beides untergräbt aber die Aufgabe der Schule und gefährdet den verfassungsgemässen Bildungsauftrag. Warum ist das so?

Dazu 7 knappe Thesen:

1. Stärkung der Lehrperson statt «Lernbegleitung». Heterogenität ist nichts Neues, sondern selbstverständlich.

Sie wird nicht durch Auflösen der Lerngruppen und Absenken der Ansprüche gelöst, sondern durch Stärken der Klassengemeinschaft und indem man Schwächere an höhere Levels heranzuführt. Das aber braucht eine Lehrperson, die die Klasse erzieherisch und fachlich führt. Also das genaue Gegenteil des Trends zum «Lernbegleiter».

2. «Selbststeuerung» ist nicht Selbstständigkeit.

Wer nur Arbeitsaufträge von Lernsoftware oder Arbeitsblättern ausführt, entwickelt nicht Selbstständigkeit. Vielmehr steuert er sich nur selbst gemäss den Vorgaben von aussen. Er lernt sich anzupassen, nicht aber selbstständig zu denken und zu argumentieren. Dazu braucht es ein lebendiges und interessiertes menschliches Gegenüber – also Lehrpersonen und Mitschülerinnen und -schüler. Anpassung aber widerspricht dem Bildungsauftrag der Verfassungen, der auf Mündigkeit zielt.

3. «Individualisierung» ergibt nicht Individualität.

Daher bildet äussere «Individualisierung» gerade nicht Individualität, sondern fördert Konformität. Um ein indivi-



«Unternehmer ihrer selbst»

Neoliberalem Denken entstammt die Idee, Lernende seien «Unternehmer ihrer selbst» und würden in Grossraumbüros die «Skills» und «Kompetenzen» erwerben, die sie als flexible und anpassungsfähige Arbeitskräfte bräuchten.

duelles Selbst zu werden, brauchen junge Menschen sozialen Kontakt, Austausch, Widerspruch und gemeinsam zu bewältigende Herausforderungen. Doch: Die Bildung von Individualität ist pädagogisch herausfordernd, weil Lehrpersonen den Kindern und Jugendlichen als ganze Menschen gegenüber treten müssen, nicht nur als Verwalter von Lernprozessen.

4. Digitalisierung ist Frontalunterricht der üblen Sorte.

Gerne grenzen sich Befürworter von «digitalem» und «selbstgesteuertem Lernen» vom «Frontalunterricht» ab. Tatsächlich ist digitales oder analoges «selbstgesteuertes Lernen» Frontalunterricht in übler Reinform, wie er sonst kaum noch vorkommt. Das Arbeitsblatt und der Algorithmus antworten mir nicht, diskutieren nicht, nehmen mich nicht wahr, haben kein Sachverständnis, wissen nicht, was Bildung ist, kennen keine Didaktik und haben keine pädagogische Empathie. Sie regieren über die Köpfe der Schülerinnen und Schüler hinweg – oder besser: in sie hinein.

5. Digitalisierung beruht auf Lobbyarbeit.

Die angeblich «alternativlose» Digitalisierung der Schulen hat keine pädagogischen Gründe, sondern banale ökonomische. Sie beruht auf massiver Lobbyarbeit von IT-Industrie und deren Adepten. In der Krisenlage rund um Corona haben Politik, Medien, Eltern und viele Pädagoginnen und Pädagogen die inszenierte Hysterie noch verstärkt. Doch wird Digitalisierung keine pädagogischen Probleme lösen, Unterricht wird dadurch nicht automatisch besser. Vielmehr braucht die sinnvolle Integration der Digitalisierung in die Aufgaben der Schule sehr genaues und klares pädagogisches, didaktisches und fachdidaktisches Denken.

6. Neoliberalismus und Reformpädagogik feiern Hochzeit.

Warum aber ist das dann alles so beliebt und scheint so modern? Hier verbinden sich zwei ältere Diskurslinien: Reformpädagogischem Denken entstammt die Meinung oder auch nur das unbewusste Gefühl, dass die Kinder sich doch lieber «frei entfalten» sollen. Lehren sei irgendwie freiheitswidrig, die Gehalte und Anforderungen unserer Kultur würden die kindliche «Natürlichkeit» negativ beeinflussen. Neoliberalem Denken entstammt die Idee, Lernende seien «Unternehmer ihrer selbst» und würden in Grossraumbüros die «Skills» und «Kompetenzen» erwerben, die sie als flexible und anpassungsfähige Arbeitskräfte bräuchten. Beides ist sachlich falsch und antipädagogisch gedacht. Beides lässt die Heranwachsenden faktisch im Stich: Einmal werden sie sich selbst überlassen, einmal den Anpassungsimperativen der neoliberalen Ökonomie.

7. Pädagogische Verantwortung ernst nehmen.

Was ist der Ausblick? Pädagogische Verantwortung wahrzunehmen und wieder zu lehren, zu lernen, zu erziehen und zu bilden. Das ist anstrengend, gewiss. Aber wenn wir uns diesen Fragen wieder mit gemeinsamer Kraft zuwenden würden, statt mit haltlosen Konzepten an Kindern und Jugendlichen zu experimentieren, könnten wir diesen und uns selbst das absehbare und bittere Scheitern ersparen.

► weitere Perlen auf S. 19 , 26 und 29

Was ist der Ausblick?

Pädagogische Verantwortung wahrzunehmen und wieder zu lehren, zu lernen, zu erziehen und zu bilden.

Dazu braucht es ein lebendiges und interessiertes menschliches Gegenüber – also Lehrpersonen und Mitschülerinnen und -schüler.



Perle 2: Wenn es im Klassenzimmer ständig piepst und surrt

Wo: SonntagsZeitung

Wer: Fabienne Riklin und Nadja Pastega

Wann: 15. September 2024

Wenigstens in der Nacht sollen die Jugendlichen auf Handy-Entzug. So sieht es Lehrer Dani Kachel. Bei vielen Schülerinnen und Schülern liegt das Gerät eingeschaltet auf dem Nachttisch, weil sie es als Wecker benutzen. Also bestellte Kachel batteriebetriebene Wecker – bezahlt aus der eigenen Tasche. «Ich habe im Elterngespräch angeboten, einen für die Kinder mit nach Hause zu geben, um die handyfreie Nacht auszuprobieren», sagt Kachel. 15 Wecker seien bereits bezogen worden. «Den Rest, den ich noch an Lager habe, geht zur Parallelklasse.»

Kachel unterrichtet als Klassenlehrer an der Oberstufe in Bassersdorf ZH: An seiner Schule gelten strikte Handy-Regeln. Surfen, chatten, posten? Das ist im Unterricht und auch in den Pausen nicht erlaubt – das Handy darf weder hör- noch sichtbar sein.

Auch andernorts wehren sich die Lehrpersonen gegen die Smartphone-Plage. An manchen Schulen werden sogenannte Handyhotels geführt, also Kisten oder Regale, in denen die Smartphones während des Unterrichts parkiert werden müssen. Immer öfter gehen die Schulen noch weiter. An der Oberstufenschule in Allschwil BL etwa gilt nicht nur während der Lektionen, sondern auch während der Pause auf dem ganzen Schulareal ein Handy-Verbot.

Die Notbremse gezogen hat jetzt auch die Eliteschule Lyceum Alpinum Zuoz – als erstes Internat in der Schweiz. Bis vor kurzem war das Smartphone, ausser am Mittagstisch, überall erlaubt. In den Pausen genauso wie im Unterricht. Das habe dazu geführt, heisst es im Umfeld der Schule, dass vor allem neue Schülerinnen und Schüler kaum mit-

einander sprachen und es etwa zwei Wochen dauerte, bis sie sich endlich mal kennen lernten. Jetzt gilt: Die Jüngsten von der 1. bis zur 3. Klasse dürfen ihre Smartphones nur abends von 19.30 bis 21.30 Uhr benutzen, die Älteren unter gewissen Bedingungen ab 16 Uhr. Ansonsten gilt: Es herrscht digitaler Detox.

Landauf, landab sind Eltern, Lehrpersonen, Psychologinnen und Politiker besorgt über die hohe Bildschirmzeit von Kindern und Jugendlichen. Sie wird auf bis zu acht bis zehn Stunden pro Tag geschätzt. In mehreren Kantonen wurden Vorstösse eingereicht, um das Smartphone an der Volksschule zu verbieten. Darunter Luzern, Zürich und Zug.

Bereits reagiert hat der Kanton Wallis. Er hat kürzlich Empfehlungen herausgegeben. Zum Beispiel: keine Bildschirmzeit für unter Dreijährige. Im Alter von drei bis vier Jahren maximal 30 Minuten.

Aber nicht nur Handys stören die Schulstunden – auch die unauffälligeren Smartwatches am Handgelenk. «Beides lenkt vom Unterricht ab», sagt Ilias Paraskevopoulos. Er war früher selber Lehrer und ist heute Leiter des Volksschulamtes des Kantons Appenzell Innerrhoden. Wie störend es sein kann, wenn es im Klassenzimmer ständig piepst und surrt, weiss er wie viele andere Lehrpersonen auch. «Mit einem Auge immer wieder auf das Gerät zu schielen», sagt er, «macht es praktisch unmöglich, sich auf den Unterricht zu konzentrieren.»

Paraskevopoulos sieht vor allem bei den sozialen Netzwerken ein Problem. Sie fordern permanente Interaktion.

Wider der Smartphone-Plage
An der Oberstufenschule in Allschwil BL gilt nicht nur während der Lektionen, sondern auch während der Pause auf dem ganzen Schulareal ein Handy-Verbot.



© stock.adobe.com

«Sind die Kinder nicht aktiv, verlieren sie Freundschaftssymbole.» Beispielsweise auf Snapchat bedeuten Flammen regelmässige Kontakte. Dadurch entstehe ein unglaublicher Druck. Mit einem Handyverbot an den Schulen allein sei es aber nicht getan: «Die meiste Bildschirmzeit haben die Kinder in der Freizeit.»

Smartwatches seien auch nicht immer einfach zu erkennen, erzählen Lehrpersonen. Denn diese sehen oft aus wie gewöhnliche Uhren oder Fitnesstracker und werden teils schon im Kindergarten getragen.

Durchgegriffen hat jetzt auch der Kanton Obwalden. An der Kantonsschule sind in der 1. bis 3. Klasse des Langzeitgymnasiums smarte Geräte, also Smartwatches und Handys, während der Unterrichtszeit und in den Pausen seit diesem Schuljahr untersagt.

Dass Kinder und Jugendliche zu Digital-Junkies werden, liegt aber längst nicht nur an den privaten Handys und Smartwatches – auch in der Schule sitzt der Nachwuchs immer öfter am Bildschirm, statt in Büchern zu lesen. «Digitalisierung des Unterrichts» lautet das Motto, schon seit Jahren.

Das fängt schon im Kindergarten an. Dort stehen pro Klasse bereits ein paar iPads zur Verfügung. Praktisch in allen Kantonen bekommt jeder Schüler, jede Schülerin ab der fünften Klasse ein eigenes Gerät. Doch langsam drängt sich überall die Frage auf: Schadet das nicht mehr, als es hilft?

Zumindest seien die Wirkungen und Nebenwirkungen von digitalen Medien auf das Lernen und die Entwicklung wissenschaftlich noch weitgehend ungeklärt, hält eine Gruppe von Professoren aus dem deutschsprachigen Raum fest. Die Hochschullehrerinnen und -lehrer fordern daher in einem Moratorium einen Marschhalt.

Den Rückwärtsgang hat inzwischen Schweden eingelegt, das zu den führenden Ländern in Sachen Digitalisierung gehört. Dort gehen die Kinder seit längerem mit leichtem Thek in die Schule – iPad statt Bücher. Doch mittlerweile gibt es Kritik. Die schwedische Bildungsministerin Lotta Edholm will die Entwicklung bremsen. Zurück zu Buch und Heft heisst die Devise – jetzt werden in Schweden wieder Schulbücher gedruckt. Kürzlich forderte auch die dänische Psychologin Aida Bikic die Schweizer Bildungsverantwortlichen auf: «Machen Sie es nicht so wie wir!» Gibt es also auch in der Schweiz Handlungsbedarf?

Eine Umfrage der Sonntagszeitung bei allen Deutschschweizer Kantonen zeigt: In Bildungsdepartementen zeigt man sich unbeeindruckt von der Kurskorrektur der Skandinavien. «Man kann nicht sagen, dass die Digitalisierung bei uns so weit fortgeschritten wäre wie in den erwähnten Ländern. Deshalb sehen wir zurzeit keinen Handlungsbedarf», sagt Roland Wermelinger vom Kanton Glarus.

So tönt es in allen Kantonen. Beispiel Graubünden: «Die Situation betreffend die Digitalisierung in den Volksschulen unterscheidet sich grundlegend von derjenigen gewisser nordischer Länder», sagt Curdin Albin vom Kanton Graubünden. Zum einen gebe der Lehrplan 21 die Rahmenbedingungen vor. «Zum anderen gab und gibt es für die Bündner Volksschulen keinen Anspruch auf eine möglichst komplette Digitalisierung des Unterrichts.»

Der digitale Unterricht, so melden die Kantone, fange zurückhaltend an und werde dann laufend gesteigert: Je höher die Stufe, desto mehr Lektionen am Tablet. «Digitalis ganz aus dem Unterricht zu verbannen, löst kein Problem», sagt Linda Müntener vom Bildungsdepartement St. Gallen. Die junge Generation brauche digitale Kompetenzen, aber gleichzeitig auch soziale Fähigkeiten wie Kommunikationsfähigkeit, kritisches Denken oder Kollaborationsfähigkeit.

Für die Bildungsdirektionen ist klar: Neben zukünftigen digitalen Arbeitstechniken werden auch präventive Themen wie Datenschutz, Datensicherheit, Cybermobbing und Umgang mit Bildschirmzeit im Unterricht behandelt – Risiken, die die Kinder im realen Leben immer früher betreffen.

Ob alles so unproblematisch ist, wie es in den Bildungsdepartementen dargestellt wird, ist indes fraglich. Lernforscher beschäftigen sich seit längerem mit den Folgen der neuen Unterrichtsformen. Einer davon ist der Neuropsychologe Lutz Jäncke. «Man muss nicht die ganze Digitalisierung verteufeln, aber ich bin ein grosser Fan der Handschrift. Wir wissen aus zahlreichen Studien, dass man mit Stift und Papier besser schreiben und lesen lernt.»

Auch die Bildung des Gehirns funktioniere so besser, und man behalte Information viel schneller. «Die digitale Welt bietet eine unfassbar faszinierende Reise an. Davon lassen sich Kinder leicht ablenken», sagt Jäncke. «Auch deshalb plädiere ich für ein Revival der Handschrift in den Schulen – es ist ein Entschleunigungsmittel, das hilft, uns zu konzentrieren. Für Kinder ist das essenziell.»

Zuspruch erhält er durchaus auch aus den Kantonen. David Zurfluh, Vorsteher des Amtes für Volksschule des Kantons Uri, sagt: «Es gilt, den richtigen, massvollen Weg im Umgang zu finden.» Einerseits habe die Schule den Auftrag, dem digitalen Wandel Rechnung zu tragen, andererseits sei auch das sogenannte Analoge zu stärken. Dazu gehören insbesondere auch das gedruckte Wort und die Handschrift, die unmittelbare Erfahrung in der Natur, mit gegenständlichen Dingen, mit Handwerk, Kultur und musischen sowie sportlichen Inhalten.

Auch Regierungsrat Alfred Stricker aus dem Kanton Appenzell Ausserrhoden ist dieser Meinung: «Die Lernenden sollen speziell zu Beginn der Schullaufbahn möglichst viele händische und analoge Erfahrungen machen.»

Perle 3: Zu dritt im Lotterbett – Eine faktenbasierte Polemik zum Reformprojekt «Allgemeinbildung 2030»

Wo: www.condorcet.ch

Wer: Konrad Kuoni, Präsident des Zürcher Verbands der Lehrkräfte
in der Berufsbildung (ZLB)

Wann: 23. Juli 2024

Jedem Tierchen sein Pläsierchen! Staat und Privatwirtschaft – es braucht beide. Sie sollen sich weder feindlich gegenüberstehen noch händchenhaltend zusammen marschieren. Letzteres ist aber immer öfter der Fall, gerade auch in der Bildung, wo eine schädliche Verfilzung zu beobachten ist.

Die staatliche Bildungsbürokratie hat die Tendenz, sich beständig ausdehnen zu wollen, vergibt aber gleichzeitig im Zusammenhang mit anstehenden Reformen immer mehr Aufträge an private Bildungsfirmen. Man will lieber das eigene Gärtchen hegen als anstrengende Grundlagenarbeit leisten. Je radikaler die streng profitorientierten Bildungsinstitutionen die Reformen ausgestalten, je mehr lässt sich verdienen, da ja bekanntlich Zeit Geld ist. So dreht man nicht etwa vorsichtig an einigen Stellschrauben, sondern zerschlägt mit dem Vorschlaghammer funktionierende Strukturen – erst das rentiert richtig.

Weil die Pädagogischen Hochschulen seit dem im Jahr 1999 gestarteten Bologna-Prozess drittmittelabhängig sind, sind auch sie Profiteure, dürfen sie doch die Reformen an den Schulen implementieren. Auch hier gilt: Je mehr auf den Kopf gestellt wird, je höher ist die Rendite. So gehen die staatliche Bildungsbürokratie, die privaten Bildungsinstitute und die Pädagogischen Hochschulen den Weg einträchtig zu dritt und landen schliesslich gemeinsam im Lotterbett. Wer Fragen stellt oder gar Kritik anbringt, wird als ewiggestrig gebrandmarkt.

Auf die Spitze getrieben wurde dies im Rahmen der KV-Reform 2022, mit welcher die private Bildungsfirma Ectaveo beauftragt wurde, im Übrigen ohne Ausschreibung, wofür allein der Bund CHF 1,2 Millionen hinblätterte.

Das Resultat ist der vollständige Verlust aller Schulfächer, verbunden mit einem unsäglichem Chaos, das die Lehrerinnen und Lehrer irgendwie auszubaden versuchen. Wer

früher z.B. Wirtschaft unterrichtete, versucht heute etwa im Handlungskompetenzbereich «Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen» Reste seines einstmaligen Faches künstlich am Leben zu erhalten, oft vergeblich.

Das Fazit dieser Entwicklung ist schnell gezogen: Die Bildung kostet immer mehr Steuergeld, aber dieses landet nicht in der Schulstube, die nach und nach verarmt, auch inhaltlich, sondern versandet in der staatlichen Bildungs-

bürokratie und den Pädagogischen Hochschulen oder gelangt in die Taschen der privaten Akteure. Kein Wunder, bezeichnet sich die aktuelle Unternehmensleiterin von Ectaveo auf der Homepage als «Porschelieliehaberin».

Insofern ist die Reform «Allgemeinbildung 2030», um die es im Folgenden geht, nicht isoliert

zu betrachten, sondern als pars pro toto. Die Vernehmlassung dazu endete am 1. Juli 2024.

«Allgemeinbildung 2030», 2018 gestartet, ist Teil von «Berufsbildung 2030», einem Projekt, das die Berufsbildung «fit für die Zukunft» (offenbar ist man dies momentan nicht) machen und den Stellenwert der Allgemeinbildung stärken soll. Die Co-Projektleitung liegt beim SBFI (Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation) und der SBBK (Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz), namentlich bei Monika Zaugg-Jsler und Odile Fahmy vom SBFI und Daniel Preckel, einem aus dem deutschen Münster stammenden Psychologen mit einem Doktorat in Psychologie. Seine Sporen verdiente er ausgerechnet bei Ectaveo ab, wo er von 2006 bis 2011, zuletzt als «Geschäftsleiter und Partner», tätig war. Nun ist er «Leiter Dienststelle Berufs- und Weiterbildung des Kantons Luzern».

Darauf, dass die offiziellen, mit dem Signet der Schweizerischen Eidgenossenschaft versehenen Dokumente von SBFI und SBBK voller peinlicher orthografischer und grammatikalischer Fehler sind, habe ich an anderer Stelle schon hingewiesen. Leuten, die entweder nicht fähig oder nicht wil-

Die staatliche Bildungsbürokratie hat die Tendenz, sich beständig ausdehnen zu wollen, vergibt aber gleichzeitig im Zusammenhang mit anstehenden Reformen immer mehr Aufträge an private Bildungsfirmen.



Je mehr auf den Kopf gestellt wird, je höher ist die Rendite. So gehen die staatliche Bildungsbürokratie, die privaten Bildungsinstitute und die Pädagogischen Hochschulen den Weg einträchtig zu dritt und landen schliesslich gemeinsam im Lotterbett.

© stock.adobe.com

lens sind, sich in amtlichen Dokumenten einer wenigstens ansatzweise korrekten Sprache zu bedienen, sollte man niemals trauen, wenn sie Bildungsreformen anstossen.

Die TBBK (Tripartite Berufsbildungskonferenz) begleitet das Projekt, die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung, die Pädagogischen Hochschulen Luzern, St. Gallen und Zürich sowie eine verbundpartnerschaftlich zusammengesetzte Begleitgruppe wurden einbezogen. So liest man es in den Dokumenten des SBFI. Was man dort erst nach langem Suchen entdeckt: Faktisch wurde das ganze Projekt an die private Firma Interface ausgelagert.

Bei Interface arbeiten gemäss Homepage 51 Personen mit Hochschulabschlüssen, etwa in Soziologie, Bildungs- und Erziehungswissenschaften, Politologie und Ökonomie, 17 davon mit Dokortiteln. Interface durfte zunächst zuhänden des SBFI ein 129 Seiten dickes Review erstellen, das von Dezember 2019 bis März 2021 entstand und als Grundlage für weiterführende Arbeiten dient.

Die TBBK wiederum ist nicht nur Begleiterin des Projekts, sondern muss offenbar selbst begleitet werden. Für deren «externe Projekt- und Prozessbegleitung» zuständig ist econcept. In dieser Firma arbeiten gemäss Homepage 20 Personen mit einem Studienabschluss an einer Universität oder der ETH.

Am 21. März 2024 erschien zuhänden des SBFI ein neuer, 61 Seiten langer Interface-Bericht mit dem Titel «Evaluation der Gremienstruktur der Berufsbildung: Teilprojekt 1 Befragung und Handlungsempfehlungen». Fünf Personen, darunter Ruth Feller, oberste Interface-Chefin, arbeiteten daran.

Anlässlich einer Sitzung vom 1. Juli 2021, an welcher es um die Anforderungen an den Rahmenlehrplan Allgemeinbildung ging, wurde es konkret. Manfred Pfiffner, Professor an der Pädagogischen Hochschule Zürich, vehementer Verfechter der KV-Reform, der Kritikern nahegelegt hatte, den Beruf zu wechseln, regte an, die Schlussprüfung abzuschaffen und stattdessen die Schlussarbeit in Richtung einer Diplomarbeit aufzuwerten, als ob nach dem Erhalt des Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses direkt ein Universitätsstudium folgen würde. Ruth Feller nahm die Idee auf und transportierte sie weiter, alles nachzulesen im Protokoll, verfertigt von Interface auf Interface-Papier. Ob auch Ruth Feller gerne Porsche fährt, entzieht sich meiner Kenntnis.

Seither ist vieles geschehen, so kam 2022 ChatGPT auf, was die Bewertung von Schlussarbeiten ungemein erschwert. Dennoch halten die Verantwortlichen im SBFI, in der SBBK und der TBBK unbeirrt an der Abschaffung der Schlussprüfung und der Aufwertung der Schlussarbeit fest. Ein Unternehmen, das sich in keiner Weise auf derart radikal veränderte Rahmenbedingungen einliesse, ginge in kürzester Zeit pleite!

Viele andere Gründe neben ChatGPT sprechen gegen die Abschaffung der Schlussprüfung. Aktuell besteht ein zielgerichteter Aufbau. Alle Semesterzeugnisse zählen für die Endnote, im zweitletzten Semester schreibt man die Schlussarbeit, und am Ende der Lehrzeit kommt als letzter Höhepunkt die Schlussprüfung, für die noch einmal Kräfte freigesetzt und gebündelt werden sollen. Mit deren Wegfall fiel ein strukturgebender Pfeiler weg. Das Fach Allgemeinbildung, ohnehin eher stiefmütterlich behandelt, verlöre an Gewicht, zumal ja in den berufskundlichen Fä-

chern weiterhin Schlussprüfungen zu absolvieren sind. Zudem gibt es für diejenigen, die sich weiterbilden (was ja sehr erwünscht ist!), später auch Schlussprüfungen, so für die eidgenössischen Abschlüsse «Berufsprüfung BP» und «höhere Fachprüfung HFP».

Warum sollen nicht auch in der Allgemeinbildung Teile des behandelten Stoffes am Ende noch einmal repetiert und gefestigt werden? Daniel Preckel weiss es: Sich für eine Schlussprüfung vorzubereiten, das sei Bulimie-Lernen, meint er, ein abgegriffenes und hässliches Bild benutzend. Wer anderer Meinung ist, wird wie der Schreibende kurzerhand vor versammeltem Plenum als «old fashioned» abgekanzelt.

Evidenzbasiert ist diese Argumentation nicht; überhaupt fällt auf, dass keinerlei empirische Grundlagen bestehen, die zeigen würden, dass die Schlussprüfung ihren Zweck nicht erfüllt.

Aber an Daniel Preckel führt kaum ein Weg vorbei. Er ist nicht nur Co-Projektleiter, sondern auch im Vorstand der SBBK. Als Leiter des Teilprojekts 4 soll er künftig die Reform durchsetzen. Er hat diese also zunächst mitausgeheckt, nun verteidigt er sie, und schliesslich darf er sie implementieren. Praktisch, wenn alles aus einer Hand geht.

Auf Befindlichkeiten von Seiten der Lehrerinnen und Lehrer wird keine Rücksicht genommen. Anlässlich der Sitzung der TBBK vom 13. Dezember 2022 tönte es noch so: «Derzeit sind Diskussionen mit der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung EHB und den Pädagogischen Hochschulen im Gange, um (...) Konzepte zu entwickeln, die von allen getragen werden.» Das gilt nicht mehr.

Im Kanton Zürich ist es so, dass sowohl die öffentlich-rechtliche Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen LKB als auch der privatrechtliche Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung ZLB sehr dezidiert die Beibehaltung der Abschlussprüfung fordern. Zudem sprachen sich von 19 eingereichten Stellungnahmen von Allgemeinbildungsfachschaften 14 klar gegen die Abschaffung aus, 3 hatten keine einheitliche Meinung, lediglich 2 begrüßten das Vorhaben. Der Regierungsrat des Kantons Zürich gibt in seinem Beschluss vom 12. Juni 2024 zwar zu, dass die Mehrheit die Schlussprüfung beibehalten will, aber das hindert ihn nicht daran, eine gegenteilige Position zu vertreten. Auf die Tatsache, dass zum Zeitpunkt, als die Abschaffung postuliert wurde, ChatGPT noch nicht existierte, geht der Regierungsrat nicht ein, ganz nach dem Motto: Wenn ein Problem nicht benannt wird, existiert es nicht. Vogel Strauss halt.

Ohnehin scheint schon alles beschlossen, Vernehmlassung hin oder her, schreibt doch die SBBK am 13. Mai 2024: «Per

1. August 2026 werden die Berufsfachschulen die revidierte Verordnung und den revidierten Schullehrplan für den Allgemeinbildenden Unterricht (ABU) umsetzen.»

Bemerkenswert ist die Rolle des SVABU (Schweizerischer Verband für allgemeinbildenden Unterricht). Die Präsidentin behauptet, ursprünglich habe es Pläne gegeben, das Fach Allgemeinbildung abzuschaffen, insofern sei das Resultat nun positiv. Belege dafür kann sie nicht nennen. Zudem schreibt sie, der SVABU vertrete in dieser Angelegenheit keine bestimmte Position, in der Vernehmlassungsantwort vom 17. Juni 2024 wird aber der Wegfall der Schlussprüfung begrüßt, obschon die meisten Stellungnahmen von Allgemeinbildungsfach-

schaften aus den Kantonen eine ganz andere Position vertreten.

Immerhin ist nun die Politik im Spiel: Es gibt eine Anfrage an den Bundesrat von Nationalrätin Nina Fehr Düsel (SVP) und eine Interpellation von Nationalrätin Regina Durrer (Mitte), die sich beide für die Beibehaltung der Schlussprüfung einsetzen. Auch die SPS und die FDP plädieren in ihren Vernehmlassungsantworten vom 28. Juni resp. 1. Juli 2024 dafür.

Inwiefern denn nun das Fach Allgemeinbildung durch die geplante Reform gestärkt werden sollte, bleibt schleierhaft. Besser, als an ihr krampfhaft festzuhalten, wäre, man nähme sich eines Brecht-Zitats an: «Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.»

Wie auch immer die Sache ausgehen mag: Die Illusion, dass es bei Bildungsprojekten um Bildung geht, habe ich zumindest vorläufig verloren.

«Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.»

Bertolt Brecht

Perle 4: Eine Debatte auf dem Buckel von Igor

Wo: Die Weltwoche

Wer: Alain Pichard

Wann: 5. September 2024



Die UNO-Konvention von Salamanca führte zu einem eindrücklichen Feldexperiment mit Tausenden von Schülerinnen und Schülern, ohne die realen Folgen im Unterricht auch nur im Geringsten zu bedenken.

Wie es sich für ein Kind aus einem grosselterlichen Lehrermilieu gehört, ist meine Enkeltochter sehr sozial eingestellt und kann sich auch – wie es das überfachliche Kompetenzziel des Lehrplans 21 (LP21) wünscht – «situationsgemäss ausdrücken». Und weil sie auch mit Vielfalt umgehen kann (ebenfalls ein überfachliches Kompetenzziel des LP21), wurde sie bereits im Kindergarten zu Igor abgestellt. «Ich musste mit Igor den Kompost raustragen, dann hat mich Igor in den Bauch gehauen und ist in den Kindergarten gerannt und hat die Türe zugeschlagen. Weisst du, wenn es Igor zu viel wird, vor allem am Ende des Morgens, dann macht er halt blöde Dinge!» Auf meine Frage, wie dann die Kindergärtnerin reagiert, wenn Igor «dumme Dinge» macht, meinte sie: «Dann muss er sich in eine Ecke setzen und Bücher anschauen. Er darf dann nicht mehr im Kreis sitzen. Dann setzt sich Frau B. (Hilfslehrkraft) zu ihm.»

Inzwischen ist meine Enkelin eine stolze Erstklässlerin, zusammen mit Igor. Von Igor spricht sie aber kaum mehr. Dafür von Ramsi. Auch Ramsi wird es manchmal zu viel, aber

nicht wie bei Igor, wenn der Schulmorgen zu lang wird, sondern bereits zu Beginn des Unterrichts. «Er schlägt uns Mädchen immer auf den Kopf und lacht dann», berichtete mein Grosskind. «Gestern gingen wir zur Turnhalle. Auf dem Weg zur Turnhalle schlug Ramsi mir auf den Kopf. Frau K. (Klassenlehrerin) war dann wütend und schimpfte mit Ramsi. Sie sagte ihm, dass er nicht mitturnen dürfe, wenn er das nochmal macht.»

«Und», fragte ich das Mädchen, «hat er das nochmals gemacht?» Sie lachte und sagte: «Er hat es in der Turnhalle immer wieder gemacht. Dann hat ihn Frau K. in die Garderobe geschickt. Frau M. (Hilfslehrerin) ist mit ihm in die Garderobe gegangen. Dann ist Ramsi ihr davongerannt. Frau M. hat ihn eingeholt und wieder in die Garderobe gebracht. Sie sagte ihm, er solle sich jetzt umziehen. Und dann hat Ramsi Frau M. geschlagen. Mitten ins Gesicht.» Ich fragte sie, was dann mit Ramsi passierte. Sie fuhr weiter: «Ramsi war am nächsten Tag nicht mehr da. Frau K. und Frau M. haben es uns gesagt, dass Ramsi nicht mehr kommt. Dann sahen wir, wie Frau M. eine Träne herunter-

lief. Gökan stand auf und umarmte Frau M. Dann standen wir alle auf und umarmten uns und unsere Lehrerinnen.»

Natürlich habe ich die Erzählungen alle verifiziert. Und im Amtsdeutsch lief alles noch eine Spur brutaler ab. Ramsi, ein syrisches Kind, dessen Vater vor kurzem gestorben ist, befindet sich in einem Time-out. Was mit ihm passieren wird, ist unklar. Therapeutische Plätze sind überbelegt und die Erziehungsberatung vollkommen ausgelastet. Meine Enkelin stellt trocken fest: «Jetzt ist es etwas ruhiger und Frau M. hat mehr Zeit für Igor.»

In der gegenwärtigen Debatte um die Inklusion und die Integrationsfähigkeit unserer Volksschulen wird viel von Igor und Ramsis gesprochen. Es gibt aber auch noch Delia. Delia wurde mir im Mathematikunterricht zugeteilt. Sie war ein sogenanntes «Pool-eins-Kind». Weil die früheren «Kleinklassen» auch in unserer Gemeinde zugunsten eines inkludierten Systems abgeschafft worden waren, sass sie nun in einer 7. Klasse der Sekundarstufe und war im Fach Mathematik dem Realniveau zugeteilt.

Man konnte Delia aber nicht mit den in dieser Stufe üblichen Aufgaben unterweisen, sondern musste für sie spezielle und angepasste Lerninhalte vorbereiten. Überdies hatte sie Anrecht auf eine individuelle Förderung durch eine Heilpädagogin. Die gab es aber in unserem Schulhaus nicht, trotz mehrfacher Ausschreibung. Deshalb übernahm eine sogenannte Stützlehrerin (sie hatte ein Primarlehrerpatent) die vier Lektionen Sonderbetreuung im Mathematikunterricht. Allerdings musste sich dieselbe Lehrkraft auch noch um zwei weitere Schüler kümmern, die eine RLZ-Verfügung hatten (reduzierte Lernziele).

In der ersten Lektion nahm ich sie während einer Stillarbeit nach vorne, zeigte ihr den Wandtafelmassstab – genau einen Meter lang – ging mit ihr zur Türe, stellte den Massstab in den Türrahmen und fragte sie: «Was meinst du, wie viele Male passt dieser Massstab in die Höhe dieser Türe?» Sie antwortete: «Etwa zehn Mal!» Ich zeigte ihr, dass der Massstab zweimal und ein bisschen drüber in diesen Türrahmen hineinging.

Was tun? Der heilpädagogische Werkzeugkasten bietet in diesen Fällen ein grosses Sortiment an didaktischen Massnahmen, welche das Verständnis fördern. Delia benötigte eine physische Zahlenraumerfahrung. Wir organisierten ein zehn Meter langes Packpapier, rollten es im Gang aus und liessen Delia darauf Meter und Zentimeter mit Filzstift markieren. Das dauerte fast zwei Lektionen. Danach marschierten die Stützlehrerin und Delia den ganzen Packpapierweg Hand in Hand mehrfach ab. Langsam realisierte das Mädchen, das übrigens zwei Jahre älter war als im Jahrgang üblich, die räumliche Dimension von zehn Metern.

Delia blieb mehrheitlich von der Klasse isoliert. Einen Text über die Auswanderung lesen und Fragen beantworten? Die Mechanikgesetze von Newton verstehen? Unmöglich. Im Französisch und Englisch war sie dispensiert. Turnen war eine Qual für das leicht übergewichtige Mädchen. Zu Geburtstagsfesten wurde sie nie eingeladen. In Lagern war sie hingegen ein Sonnenschein, die Küche hatte sie bald voll im Griff. Delia schlägt niemandem auf den Kopf.

Sie sitzt still an ihrem Pult und tut so, als ob sie etwas lernen würde. Und die Lehrkräfte taten bisher so, als ob sie es glaubten. Ich drängte mit Vehemenz auf eine Lösung, die den schulischen Lerneffekt von Delia fördern könnte.

Unsere Schule entschied sich für einen pragmatischen, aber ille-

galen Weg. Obwohl die Kleinklassen abgeschafft waren, gründete man schulhausintern eine sogenannte spezielle Lerngruppe, die im Büro der Stützlehrerin an ihren Programmen arbeitete. So blieben die Schüler mit Sonderbedarf in einigen Fächern integriert, nahmen an allen Schulanslässen teil und waren ein unbestrittener Teil des Schullebens.

Wie schafften es Igor, Ramsi und Delia, in denselben Regelklassen unterrichtet zu werden wie mein Enkelkind? Dazu müssen wir eine Zeitreise in eine der schönsten Städte Spaniens machen. Vor dreissig Jahren trafen sich in Salamanca 300 Bildungsverantwortliche aus 92 Ländern zu einer Unesco-Konferenz, um Gutes zu tun. In der Schlussklärung hiess es anschliessend: «Jedes Kind habe einmalige Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnisse. Am besten würden sich diese entwickeln, wenn man auf eine integrierende Gesellschaft aufbaue.»

Von da an begann ein eindrückliches Feldexperiment mit Tausenden von Schülerinnen und Schülern. Dozentinnen und Dozenten in den Hochschulen, Schulpsychologen, Verbandspolitiker und Bildungsforscher sprachen von Chancen und humanen Bildungsprinzipien, ohne die realen Folgen im Unterricht auch nur im Geringsten zu bedenken.

Perfekte Pläne scheitern bekanntlich oft daran, dass die Wirklichkeit nicht perfekt ist. Als die Probleme immer augenfälliger wurden und Lehrkräfte schwierige Fälle am Laufmeter meldeten, erhöhte man die Diagnosefälle und übergoss den realexistierenden Unterricht mit immer mehr Stütz- und SOS-Lektionen. Eine Seelandgemeinde beansprucht derzeit für ihre Primarstufe insgesamt 272 Lektionen Spezialunterricht, was neun Klassen entspricht (von insgesamt zwanzig Klassenzügen). In den Schulstufen herrscht ein Kommen und Gehen.

Die eingesetzten Heilpädagoginnen, von denen die Mehrheit gar keine Heilpädagogin ist, beziehungsweise kein



Pragmatismus statt Ideologie

In der linken Stadt Biel gibt es immer noch Kleinklassen, und keiner hinterfragt sie. Sie sind vollkommen in das Schulleben integriert, der Wechsel in einzelnen Fächern wird – wenn immer möglich – probeweise vollzogen, sie nehmen an Skilagern teil, sind im Angebot der Schule und geniessen sonst eine gezielte Förderung in einem geschützten Raum.

Fachdiplom besitzen, kommen lektionenweise in die Unterrichtsstunden, sind oft viel zu wenig in den Unterricht eingebunden und fristen so ein Aussenseiterleben in einem Kollegium. Die Lehrkräfte in den Klassenzimmern ärgern sich über den zusätzlichen Koordinationsaufwand und über die Tatsache, dass da eine Kollegin in das Klassenzimmer kommt, die keinerlei Zusatzaufgaben hat, wie sie die Klassenlehrperson sonst noch erledigen muss (Lagervorbereitungen, Materialbestellungen, Schulreisen, Zeugnisse, zahlreiche Elterngespräche usw.), und erst noch mehr verdient. Ganz abgesehen davon, dass in vielen Einsätzen der pädagogische Nutzen, sprich der Lernzuwachs der Schüler mit besonderem Förderbedarf, nicht befriedigend ist. So kam es, dass der integrative Unterricht in vielen Gegenden heute vor dem Kollaps steht.

Nun ist selbst dem sehr staatsnahen Lehrer- und Lehrerinnenverband, der Schulsynode Basel-Stadt, der Kragen geplatzt. Sie starteten eine Initiative zur Wiedereinführung von Förderklassen und reichten sie in Rekordzeit ein. Auch in Zürich wurde von den bürgerlichen Parteien eine ähnliche Initiative eingereicht. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband, die ganze PH-Riege, die Schulleitervereinigung und die unzähligen Interessenverbände für Logopädie, Dyskalkulie oder ADS wehren sich gegen «den Rückschritt ins pädagogische Mittelalter» und mahnen, wir erinnern uns, die Unesco-Konvention von Salamanca einzuhalten. Natürlich darf die gebetsmühlenartig vorgebrachte Forderung nach noch mehr Ressourcen nie fehlen. Woher aber die Lehrkräfte für die geforderten kleineren Klassen oder die unzähligen benötigten Heilpädagoginnen kommen sollen, weiss niemand. Das gibt der Markt gar nicht her.

Mit Pragmatismus und etwas gesundem Menschenverstand könnte man das Problem der schiefgelaufenen Integration längstens in gesunde Bahnen lenken.

Pikant: Bei der UNO stand ursprünglich gar nicht eine «integrative Schule» zur Debatte, sondern «Bildung für alle». Der frühere Basler Sonderschullehrer und Kritiker der Abschaffung von Kleinklassen, Roland Stark (SP), sagt: «In der UNO-Konvention von Salamanca ist an keiner Stelle die Rede davon, dass Sonderschulen abzuschaffen seien. Im Mittelpunkt der Bemühungen um Integration stehen nicht organisatorische Fragen, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse aller Lernenden.»

Mit Pragmatismus und etwas gesundem Menschenverstand könnte man das Problem der schiefgelaufenen Integration längstens in gesunde Bahnen lenken. In der linken Stadt Biel gibt es immer noch Kleinklassen, und keiner hinterfragt sie. Sie sind vollkommen in das Schulleben integriert, der Wechsel in

einzelnen Fächern wird – wenn immer möglich – probeweise vollzogen, sie nehmen an Skilagern teil, sind im Angebot der Schule und geniessen sonst eine gezielte Förderung in einem geschützten Raum.

Das aber widerspricht der Ideologie der praxisfremden Hohepriester in den Büros der modernen Integrationstempel. Es drohen Gesichtsverlust und der Verlust von Weiterbildungskursen. Staatlich üppig alimentiert, brandmarken sie jeglichen Versuch, vernünftige Lösungen zu suchen und in begrenzten Fällen Förderklassen zuzulassen. Wer auch nur im Ansatz separative Lösungen vorschlägt, ist gegen Integration. Dieser sterile Diskurs wird freilich auf dem Buckel von Igor, Ramsi, Delia und natürlich teilweise auch auf dem Buckel meiner Enkelin geführt. Gar nicht zu reden von den Lehrkräften in der Praxis, denen die tägliche Überforderung den Schlaf raubt.

Was verbindet Sie mit Ihrer Bank?

Geld. Und was Ihre Bank damit macht. Gesellschaftliches Handeln ist für uns selbstverständlich – schliesslich gehörten Gewerkschaften und Genossenschaften zu unseren Gründern. LCH und die Bank Cler, das passt – deshalb sind wir seit vielen Jahren Partner. Davon profitieren auch Sie – ob Zahlen und Sparen, Anlegen, Hypotheken oder Finanzplanung: cler.ch/lch

LCH-Spezial:
10% Bonus
auf Einzahlungen
in die Anlagelösung
Nachhaltig*

*Die Bank Cler schenkt Ihnen als LCH-Mitglied 10% Bonus auf Ihre Einzahlungen in die Anlagelösung, die 10000 CHF übersteigen. Bis maximal 500 CHF pro Jahr. Dieses Angebot gilt in den ersten beiden Jahren, nachdem die Bank Cler Sie als Mitglied erfasst hat. cler.ch/lch

Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken. Für die Strategiefonds verweisen wir auf den Prospekt und die Wesentlichen Anlegerinformationen. Sie können diese kostenlos auf unserer Webseite unter cler.ch sowie in Papierform in allen Geschäftsstellen der Bank Cler, bei der Fondsleitung oder bei der Depotbank beziehen.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

 **ZURICH** | **L^{CH}**

Geniessen Sie Ihre Skiferien – mit Sicherheit

Bestens abgesichert mit unserem Diebstahlschutz und unserer Privathaftpflichtversicherung



Profitieren Sie von
10% Spezialrabatt
Exklusive Vorteile für
LVB-Mitglieder

Mehr erfahren
zurich.ch/partner
Zugangscode:
YanZmv2f

